

zfsö

ZEITSCHRIFT FÜR SOZIALÖKONOMIE

- Max Danzmann **3** Die Endlagerinstrumente der Europäischen Zentralbank vor dem Bundesverfassungsgericht und dem Europäischen Gerichtshof
- Dieter Suhr † **12** Brauchen wir eine neue Geldordnung?
23 Stabile Währung durch Haltegebühr auf Geld
- Eckhard Behrens **26** Der Euro-Leitzins ist nicht konjunkturgerecht
- Abdelaali El Maghraoui **28** Grundlagen des islamischen Wirtschaftsdenkens – Eine Einführung
- Edoardo Beretta **41** Dollar, Sucre und die Suche nach einer gerechten Weltwährungsordnung
- Helmut Woll **49** Leopold Kohr – Wachstumskritiker der ersten Stunde
- Hans-Günter Wagner **57** Bioökonomie – Über die Pervertierung eines grünen Paradigmas
69 Berichte – Bücher – Veranstaltung
87 56. Mündener Gespräche in der Reinhardswaldschule in Fuldata

Herausgeber: Stiftung für Reform der Geld- und Bodenordnung in Zusammenarbeit mit der Sozialwissenschaftlichen Gesellschaft 1950 e.V.

Verlag: Verlag für Sozialökonomie
Rettberg-Gauke Verlags- und Medienservice
Christianspries 23, 24159 Kiel
Telefon: 0431-6793650 | Telefax: 0431-6793651
eMail: info@rettberg-gauke.de
www.gauke.net

Jahresabonnement

(4 Folgen, derzeit 2 Doppelfolgen jährlich):
20,00 EURO incl. MWSt. und Porto.

Ermäßigtes Jahresabonnement:

Schüler, Auszubildende, Studenten & Erwerbslose
bei entsprechendem Nachweis
15,00 EURO incl. MWSt. und Porto.
Abonnements verlängern sich automatisch um ein
Jahr, wenn sie nicht bis 4 Wochen vor Ablauf des
Bezugszeitraums gekündigt werden.

Zahlungen stets erst nach Erhalt einer Rechnung!

Auslieferung und Inkasso: Schmidt & Klaunig
Ringstraße 19, 24114 Kiel
Telefon: 0431-66064 0 | Telefax: 0431-66064 24
h.stamp@schmidt-klaunig.de

Redaktion: Dipl. Ökonom Werner Onken
— verantwortlich —
Weitzstr. 15, 26135 Oldenburg
Telefon: 0 441 - 36 111 797 [AB]
eMail: onken@sozialoekonomie.info

Redaktionsschluss: Ende Februar bzw. Ende August
für die jeweils im April bzw. Oktober
erscheinenden Doppelhefte.

Gewinnabsichten sind mit der Herausgabe nicht
verbunden.

Die Zeitschrift dient dem Meinungsaustausch über
gesellschaftliche und wirtschaftliche Zeitfragen.

**Für den Inhalt der Beiträge sind die Autoren
selbst verantwortlich.**

Nachdruck nur mit Genehmigung des Verlages.
Für unverlangte Manuskripteinsendungen wird
keine Haftung übernommen.

Die Texte in unserer Zeitschrift sind hinsichtlich
der Rechtschreibung leider vorläufig noch genauso
unterschiedlich wie die derzeitige diesbezügliche
Situation im deutschsprachigen Raum.
Wir bitten Sie um Verständnis dafür.

© Copyright by
Sozialwissenschaftliche Gesellschaft 1950 e. V.,
Hamburg
Printed in Germany

"Stiftung für Reform der Geld- und Bodenordnung"

1. Vorsitzender: Ass. jur. Fritz Andres
Dhaunerstr. 180, 55606 Kirn
Telefon/Telefax: 0 67 52-24 27
eMail: fritz.andres@gmx.de

2. Vorsitzender: Dipl.-Kfm. Thomas Betz, Berlin
www.stiftung-geld-boden.de

Die "Stiftung für Reform der Geld- und Bodenordnung" wurde 1973 als "Stiftung für persönliche Freiheit und soziale Sicherheit" gegründet und erhielt 1997 ihren jetzigen Namen. Sie hat ihren Sitz in Hamburg und wurde vom Hamburger Senat als gemeinnützig anerkannt.

§ 2 ihrer Satzung lautet: "Die Stiftung fördert die Wissenschaft auf dem Gebiet der Wirtschafts- und Sozialpolitik, insbesondere in bezug auf das überkommene Geldwesen und ein modernes Bodenrecht. Sie verbreitet die Ergebnisse ihrer Forschung durch Wort und Schrift. Sie unterstützt gleichgerichtete, als gemeinnützig anerkannte Einrichtungen."

"Sozialwissenschaftliche Gesellschaft 1950 e.V."

1. Vorsitzender: Prof. Dr. Dirk Löhre

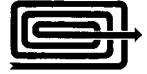
2. Vorsitzender und Geschäftsführer:
Dipl.-Volkswirt Ass. jur. Jörg Gude

Geschäftsstelle:
Wiedel 13, 48565 Steinfurt
eMail: joerggude@aol.com

www.sozialwissenschaftliche-gesellschaft.de

Gesellschafts- und wirtschaftspolitischer Erkenntnisgewinn wird bislang noch vielfach durch mächtige Gruppeninteressen und in zunehmendem Maße auch durch rechts- und linksextremistische Ideologien fehlgeleitet. Im Gegensatz dazu hat sich die Sozialwissenschaftliche Gesellschaft das Ziel gesetzt, ordnungspolitische Grundlagen für eine sozial- und umweltverträgliche Marktwirtschaft sowie für eine freiheitliche Demokratie zu erarbeiten. Sie bekennt sich zu den Grundsätzen:

- der Respektierung der Würde und Rechte aller Menschen unabhängig von ihrer Herkunft, Hautfarbe und Religion,
- der Freiheit und sozialen Gerechtigkeit im Rahmen der Verantwortung eines jeden Menschen für sich und die Allgemeinheit,
- des Eigentums an selbst erarbeiteten Gütern,
- einer freien, weder durch Monopole und Machtinteressen noch durch protektionistische Schranken verfälschten Marktwirtschaft,
- der Achtung vor der natürlichen Umwelt als einem Gemeinschaftsgut,
- der Verständigung zwischen Menschen und Völkern in einer weltoffenen Zivilgesellschaft,
- des Strebens nach innerem und äußerem Frieden.



Liebe Leserin und lieber Leser,

vor vier Jahren keimten große Erwartungen an einen ‚Arabischen Frühling‘ auf, der in Ägypten, Libyen, Tunesien und anderen Ländern Zensur, Folter und Polizeiwillkür beenden und den Übergang in eine demokratische Zivilgesellschaft einleiten sollte. Diese schönen Erwartungen beruhten jedoch auf der Illusion, in der an Öl- und Gasvorkommen reichen arabischen Welt nach mehr als 100 Jahren einer desaströsen Interessenpolitik des Westens plötzlich eine neue Welt nach westlichem Muster erbauen zu können. Mittlerweile sind derlei Hoffnungen verflogen und besonders in Syrien wird seitdem ein gnadenloser Bürgerkrieg geführt, der zugleich ein Krieg zwischen den Interessen widerstreitender Weltmächte ist.

Die Kriege in Afghanistan, im Irak und in Syrien haben eine sich seit langem unheilvoll drehende Spirale von ökonomisch-struktureller und politischer Gewalt sowie terroristischer Gegengewalt beschleunigt und Fluchtbewegungen ausgelöst, die Europa zusätzlich zu seinen ungelösten inneren Problemen vor weitere enorme Herausforderungen stellen. Die Aufnahme der Flüchtlinge in Europa ist zweifellos ein Gebot der Mitmenschlichkeit und Brandanschläge auf Asylunterkünfte sind abscheuliche Verbrechen. Aber selbst wenn die Integration der Flüchtlinge in Europa gelingen sollte, käme die Welt als Ganzes damit noch nicht in Ordnung. Es bleiben die ungerechten Grundstrukturen der kapitalistischen (Welt-)Wirtschaft mit Brandherden in aller Welt, die weiteres Leid und weitere Fluchtbewegungen erzeugen werden.

Mehr Frieden in der Welt setzt gerechte Rechtsordnungen voraus, die allen Menschen dieser Erde eine gleiche Teilhabe an den natürlichen und sozialen Lebensgrundlagen garantieren. Da-

rüber bedarf es eines Dialogs zwischen den Kulturen und nicht Verhandlungen hinter verschlossenen Türen über die sog. Freihandelsabkommen TTIP & Co., mit denen wir uns nur noch weiter vom Ziel einer gerechten Ordnung des Zugangs zu Boden, Ressourcen, Geld und Arbeit entfernen.

Und auch innerhalb Europas zeigt der Umgang mit Griechenland, dass wir es noch nicht gelernt haben, uns über das unselige Wohlstandsgefälle hinweg als gleichberechtigte Menschen zu begegnen. Das Gebaren der Troika und die Forderung „Griechenland muss liefern“ zeugen von einer Arroganz der Macht, welche die notwendige Einsicht blockiert, dass Europa als Ganzes „liefern muss“: nämlich ein ernsthaftes Ringen um eine gerechte, überall von Steuerflucht und Korruption freie Ordnung, die die Kluft zwischen Reichtum und Armut schrittweise schließt und die wirtschaftlichen Beziehungen auf nationalen, europäischen und globalen Ebenen in Gleichgewichte bringt.

In diese Richtung zielte schon der „Bancor-Plan“, mit dem sich der berühmte britische Ökonom John Maynard Keynes auf der ebenso berühmten Konferenz von Bretton Woods 1944 leider nicht durchsetzen konnte. Dort wurden für die Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg wichtige wirtschafts- und währungspolitische Weichen falsch gestellt und die Folgen sind bis heute spürbar. Deshalb kann man nicht oft genug an Keynes' „Bancor-Plan“ erinnern und zeigen, dass es auch anders gegangen wäre bzw. in Zukunft auch anders gehen könnte – ohne eine Dominanz von Stärkeren gegenüber Schwächeren und auch ohne geostrategische Machtkalküle.

Werner Onken

TTIP, CETA, TiSA & Co. – freie Bahn für multinationale Konzerne

„Gegen das geplante Freihandelsabkommen zwischen Europa und den USA, kurz TTIP (Transatlantic Trade and Investment Partnership), regt sich derzeit großer zivilgesellschaftlicher Widerstand. Das Verfahren wurde größtenteils im Geheimen, unter Ausschluss der Öffentlichkeit – aber unter Beteiligung der Industrielobby – ausgehandelt. ... Bedenklich sind vor allem die geplanten Sonderrechte für internationale Großkonzerne – denn nichts anderes sind die sogenannten Investor-Staat-Schiedsgerichtsverfahren. ... Investoren bekommen so die Möglichkeit, an nationalen Gerichten vorbei Staaten auf Schadensersatz zu verklagen, wenn ihre Eigentumsrechte beeinträchtigt werden. ... Zudem geht es um die Absicherung von rechtlich festgelegten Privilegien. Die Kampfarena sind hier v.a. die geistigen Eigentumsrechte. ... Die bisherige Erfahrung mit bereits abgeschlossenen Wirtschaftsabkommen zeigt, dass die undurchsichtigen Sonderrechte von Konzernen missbraucht werden, um Risiken auf die Allgemeinheit, also die Steuerzahler, abzuwälzen.“

Prof. Dr. Dirk Lohr, Das Investorenschutzabkommen im Europäischen Parlament
<http://rent-grabbing.com/2014/05/page/2/> (Blogeintrag am 2. 5. 2014)

„Die Verhandlungen zur Transatlantischen Handels- und Investitionspartnerschaft TTIP zwischen den USA und der EU begannen im Juli 2013 ähnlich geheim wie bei CETA“ (dem Wirtschafts- und Handelsabkommen zwischen Kanada und der EU). „TTIP ist ebenso umfassend und ambitioniert wie CETA, es wird ebenfalls Regulierungsrate und verschiedene weitere Hinterzimmergremien schaffen. Wegen des enorm einseitigen Einflusses von Industrielobbys befürchten wir ein sehr unausgewogenes Abkommen und kommen unaufgeregt zu dem Schluss, dass TTIP unsere Demokratie an zahlreichen Stellen untergraben könnte. ... Ebenso einschneidend wie TTIP könnte das Abkommen über den Handel mit Dienstleistungen (TiSA) zwischen 50 befreundeten Staaten werden, darunter die EU, die USA und viele Steueroasen wie Panama. Es wird unter völliger Geheimhaltung verhandelt. ...

Im Jahr 2016 wird 1% der Weltbevölkerung so viel besitzen wie die restlichen 99% zusammen. Ein zukünftiges Welthandelssystem muss helfen, die Entwicklung umzukehren. Es muss den am meisten Benachteiligten am meisten zugutekommen, auch in den Industriestaaten, und für Stabilität, ökologische Nachhaltigkeit und demokratische Gestaltungsmöglichkeiten sorgen. ... Neues Denken in der Handelspolitik strebt nicht nach prestigeträchtigen Projekten, hohen Wachstumsraten oder Gewinnen und Vorteilen für die eigene Industrie, sondern nach sozialem Ausgleich, Nachhaltigkeit, Robustheit und Teilhabe.“

Dr. Harald Klimenta u.a., 38 Argumente gegen TTIP, CETA, TiSA & Co.,
 Hamburg 2015 (AttacBasisTexte 48), S. 7-10.